

Zugangerschwerungsgesetz

Basisdaten	
Titel:	Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen
Kurztitel:	Zugangerschwerungsgesetz
Abkürzung:	ZugErschwG
Art:	Bundesgesetz
Geltungsbereich:	Bundesrepublik Deutschland
Rechtsmaterie:	Wirtschaftsverwaltungsrecht
Fundstellennachweis:	772-5
Datum des Gesetzes:	17. Februar 2010 (BGBl. I S. 78)
Inkrafttreten am:	23. Februar 2010
Außerkräfttreten:	29. Dezember 2011 (Art. 1 G vom 22. Dezember 2011, BGBl. I S. 2958)
GESTA:	C083
Bitte den Hinweis zur geltenden Gesetzesfassung beachten.	

Das **Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen (Zugangerschwerungsgesetz – ZugErschwG)** sollte den Zugang zu Webseiten in Deutschland erschweren, die pornografische Darstellungen sexueller Handlungen von und an Kindern (Kinderpornografie) enthalten.

Das 2010 in Kraft getretene Gesetz wurde de facto nicht angewendet und im Dezember 2011 vorzeitig aufgehoben.

Inhalt des Gesetzes

Vorgeschrieben war, dass das deutsche Bundeskriminalamt (BKA) eine Sperrliste führt. Auf dieser Liste sollten Domains, IP-Adressen und URLs von Webseiten, die Kinderpornografie gemäß § 184b ^[1] StGB enthalten oder verlinken, indiziert werden. Dies sollte geschehen, wenn deren Löschung nicht oder nicht in angemessener Zeit erwirkt werden kann. Content-Anbieter und Hosts der inkriminierten Webseiten sollten über die Indizierung benachrichtigt werden. Zugangsprovider mit mehr als 10.000 Kunden sollten die Sperrliste erhalten und gesetzlich dazu verpflichtet werden, den Zugriff auf die in der Sperrliste indizierten Schriften mindestens auf der DNS-Ebene zu sperren, auf ein vom BKA gestaltetes „Stopp-Schild“ umzuleiten und dem BKA eine anonymisierte Zugriffsstatistik zu übermitteln.

Eine Strafverfolgung allein wegen des Aufrufs einer gesperrten Webseite bzw. Domain war nach § 5 ZugErschwG untersagt.

Das BKA sollte die Begründung der Sperrung durch tatsächliche Kinderpornografie dokumentieren und von einem vom Bundesdatenschutzbeauftragten berufenen Expertengremium – bestehend aus fünf Personen, wobei die Mehrheit die Befähigung zum Richteramt haben muss – vierteljährlich stichprobenartig kontrolliert werden.



Geschichte des Gesetzes

Initiator Ziercke

Am 27. August 2008 gab der Präsident des deutschen Bundeskriminalamts, Jörg Ziercke, auf einer Pressekonferenz zur organisierten Kriminalität im Beisein von Kinderschutz- und Kinderrechtsorganisationen bekannt, dass er eine Diskussion über eine gesetzliche Grundlage, um Provider zu Internetsperren verpflichten zu können, anstoßen möchte.

Verfechterin von der Leyen

Diese Diskussion wurde von Familienministerin Ursula von der Leyen im November 2008 bei der Vorbereitung des *III. Weltkongresses gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen* mehrerer internationaler Organisationen in Rio de Janeiro aufgegriffen. Die Kongressmitglieder empfahlen in ihren Überlegungen für die weitere Vorgehensweise in Europa die Entwicklung eines Verhaltenskodex und gemeinsamer Richtlinien der Internetdiensteanbieter, die Einrichtung nationaler Datenbanken, eine enge Zusammenarbeit mit Interpol und die Einrichtung spezialisierter Ermittlungseinheiten.^[2]

Im Januar 2009 gab Ursula von der Leyen bekannt, dass sie in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt und den großen deutschen Internet Providern kinderpornografische Inhalte filtern lassen will. In mehreren anderen Ländern existierten bereits ähnliche Sperrlisten. Das Bundeskriminalamt sollte hierbei eine Liste mit zu filternden Seiten erstellen und an die Provider übermitteln, die dann für die Sperrung sorgen sollten. Nach Hadmut Danischs Aussage^[3] war von der Ministerialbürokratie ein tägliches Verfassen der Sperrliste oder Versenden als verschlüsselte Microsoft-Excel-Dateien vorgesehen.

Vertrag mit Providern als Vorstufe

In einem ersten Schritt schloss die damalige Bundesregierung am 17. April 2009 im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung mit fünf großen Internet Providern Verträge zur „Erschwerung des Zugangs zu kinderpornografischen Inhalten im Internet“ ab. Sie waren bis Ende 2010 befristet. Die unterzeichnenden Unternehmen hatten eine dreimonatige Kündigungsfrist. Die Haftung für möglicherweise zu Unrecht gesperrte Seiten sollte das Bundeskriminalamt tragen.^[4]

Internetangebote sollten von den Providern nach einer täglich aktualisierten Liste des Bundeskriminalamts blockiert werden. Die Veröffentlichung des Vertragstextes gemäß dem Informationsfreiheitsgesetz wurde seitens des Bundeskriminalamts verweigert. Begründet wurde dies mit einer dadurch entstehenden Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und dem Schutz der Urheberrechte der betroffenen Internetprovider.^[5]

Die freiwilligen Vertragsunterzeichner waren die Deutsche Telekom, Vodafone/Arcor, Telefónica Germany, Kabel Deutschland und HanseNet/Alice. Andere Provider wie zum Beispiel 1&1 lehnten die außergesetzliche Regelung zunächst wegen rechtlicher Bedenken ab.^[6] Der Internetprovider Manitu boykottierte die Verträge ebenfalls und kündigte an, bei einem entsprechenden Gesetz mit Berufung auf Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bis zum Bundesverfassungsgericht klagen zu wollen.^[7]

Die Umsetzung des vollautomatischen Sperrverfahrens verspätete sich im April schon um voraussichtlich ein halbes Jahr wegen „technischer Probleme“.^[8]

Gesetzentwurf

Um weitere Provider abzudecken und um den Providern Rechtssicherheit zu garantieren, wurde darüber hinaus noch das versprochene Gesetz auf den Weg gebracht, das auch in einer Online-Petition^[9] beim Deutschen Bundestag gefordert worden war. Mit dem *Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen* sollten die großen Provider in Deutschland verpflichtet werden, den Zugang zu vom Bundeskriminalamt vorgegebenen Seiten mit strafbaren Inhalten zu erschweren. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde am 22. April 2009 vom Bundeskabinett gebilligt.^[10]

Für das Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen sollten Teile des Telemediengesetzes und des Telekommunikationsgesetzes geändert werden.^[11]

Die Internetanbieter wurden im Gesetz verpflichtet, die vom Bundeskriminalamt erstellten Sperrlisten geheim zu halten. Entsprechend einer nachträglichen Änderung des Gesetzentwurfs unter Justizministerin Brigitte Zypries sollten Zugriffsversuche auf diese Seiten auch zeitgleich protokolliert und zu Strafverfolgungszwecken genutzt werden können.^[12]

Haltung des Koalitionspartners SPD

Die damalige Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries, hatte vor Einführung des § 5 ZugErschwG mit dem falschen Argument, der Versuch des Erwerbes von Kinderpornographie sei schon strafbar, zudem für eine Protokollierung und Weitergabe der anfallenden Daten an das Bundeskriminalamt plädiert. Dagegen hatte der *Online-Beirat der SPD* sich noch kurz vor der Abstimmung entschieden gegen das Gesetz ausgesprochen.^[13]

Beschluss und Nichtumsetzung

Am 18. Juni 2009 beschloss der Bundestag per namentlicher Abstimmung das Zugangerschwerungsgesetz. Von den Regierungsfraktionen CDU/CSU und SPD gab es eine bzw. drei Gegenstimmen; die Fraktionen von FDP und Linken stimmten geschlossen ohne Enthaltung gegen den Entwurf.^[14] Etwa zwei Drittel der Grünen stimmten gegen den Entwurf.^[15] In der politischen Berichterstattung wurde jedoch aufmerksam registriert, dass sich mit 15 Abgeordneten etwa 30 % der Grünen entgegen dem Votum der Fraktion verhalten und sich der Stimme enthalten hatten.^[16]

Wolfgang Schäuble räumte im Oktober 2009 handwerkliche Fehler beim Zugangerschwerungsgesetz ein und erklärte, das Gesetz sei im Endspurt des Wahlkampfes (Bundestagswahl 2009) auch deshalb entstanden, um die CDU gegenüber anderen Parteien abzusetzen.^{[17][18]} Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen 2009 beschlossen Union und FDP die Internetsperren zunächst aussetzen und stattdessen eine Löschung von Kinderpornos anzustreben.^[19]

Der deutsche Bundespräsident Horst Köhler verweigerte seine Unterschrift unter dem Gesetz. Vor einer Entscheidung darüber, ob er das Gesetz unterzeichnet oder nicht, bat er die Bundesregierung um „ergänzende Informationen“.^[20]

Mitte Dezember 2009 erklärte die SPD, sich nunmehr gegen Internetsperren einzusetzen und das Zugangerschwerungsgesetz aufheben zu wollen. Mit der Argumentation „Netzsperrungen helfen nicht und lenken von den eigentlichen Problemen ab“ erklärte die SPD einen Meinungswandel und schloss sich den Argumenten der Sperrgegner an. Internetsperren seien „ineffektiv, ungenau und ohne weiteres zu umgehen. Sie leisten keinen Beitrag zur Bekämpfung der Kinderpornographie und schaffen eine Infrastruktur, die von vielen – zu Recht – mit Sorge gesehen wird.“ Die Politik der ehemaligen Familienministerin Ursula von der Leyen sei „populistisch“ gewesen und die von ihr forcierten Sperrverträge des Bundeskriminalamts mit Internet-Providern „offensichtlich rechtswidrig“.^[21]

Am 17. Februar 2010 unterzeichnete Köhler das Gesetz, da „keine durchgreifenden verfassungsrechtlichen Bedenken“ bestanden hätten, die ihn an der Ausfertigung gehindert hätten.^[22] Am 22. Februar wurde das Gesetz im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Es trat am 23. Februar 2010 in Kraft. Das Bundeskriminalamt wurde daraufhin vom Bundesministerium des Innern durch einen Erlass angewiesen, dennoch keine Sperrlisten zu erstellen.^[23]

Verfassungsbeschwerde

Am 22. Februar 2011 hatten vier Netzaktivisten Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz erhoben.^[24] Am 29. März 2011 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Beschwerde wegen unzureichender Begründung für unzulässig.^[25]

Aufhebung des Gesetzes

Das ZugErschwG war probeweise befristet bis Ende 2012, bereits 2010 wurde aber von der Linkspartei ein Gesetzentwurf zur vorzeitigen Aufhebung eingebracht.

Am 5. April 2011 wurde auf Veranlassung der FDP die Aufhebung des Gesetzes im Koalitionsausschuss der Bundesregierung beschlossen.^[26] Sechs Wochen später, am 25. Mai 2011, brachte das Kabinett Merkel II ein Gesetz auf den Weg, mit dem das schon ausgesetzte Sperrgesetz endgültig aufgehoben werden sollte. Künftig sollten die Seiten gelöscht statt gesperrt werden.^[27] Am 1. Dezember 2011 verabschiedete der Deutsche Bundestag das *Gesetz zur Aufhebung von Sperrregelungen bei der Bekämpfung von Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen*.^[28] Das Aufhebungsgesetz wurde am 28. Dezember 2011 verkündet. Mit Wirkung zum 29. Dezember 2011 wurde das Zugangerschwerungsgesetz aufgehoben.

Aspekte des Gesetzes

Beschränkung der Sperrlisten auf große Provider

Um eine öffentliche Bekanntmachung der Sperrliste möglichst zu vermeiden, sollte der Zugang dazu beschränkt werden. Dieser Logik folgend wurden nur große Provider zur Einrichtung der Sperren verpflichtet. Genauer waren dies Kommunikationsnetze mit mehr als 10.000 Teilnehmern. In der Begründung zum Entwurf^[11] war zu vernehmen, dass alle staatlichen Einrichtungen wie Universitäten oder Bibliotheken aus ebendiesem Grunde von den Sperrungen ausgenommen werden sollten.

Ganz abgesehen von diesen Ausnahmen ist von den Sperren in der Hauptsache das World Wide Web betroffen. Weitere Kanäle zum Informations- und Datenaustausch wie E-Mail, Peer-to-Peer-Netzwerke und das Usenet hätten

im Einzelfall als Kollateralschaden betroffen sein können.

Umgang mit Abrufdaten

Das ursprünglich geplante Gesetz sah auch vor, versuchte Aufrufe gesperrter Domains von den Providern protokollieren und auf Anforderung an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden weitergeben zu lassen (§ 8a Abs. 5). Zusätzlich zu dieser Datenerhebung sah § 8a Abs. 6 des Gesetzentwurfes „Erschwerung des Abrufs von Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen“ vor, dass „Diensteanbieter dem Bundeskriminalamt wöchentlich eine anonymisierte Aufstellung über die Anzahl der Zugriffsversuche pro Stunde auf die in der Sperrliste aufgeführten Telemedienangebote“ übermitteln sollten.^[11]

Richterliche Überprüfung

Eine unabhängige Überprüfung der Sperrlisten durch Richter, Kontrollkommissionen oder ähnliche Instanzen war in dem ersten Gesetzesentwurf nicht vorgesehen. Später wurde sie dem Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit beigeordnet, der diese Aufgabe aber gar nicht übernehmen wollte.

Opposition gegen das Gesetzesvorhaben

Am 22. April 2009 wurde eine Online-Petition gegen das Sperrgesetz eingereicht, welche seit dem 4. Mai 2009 mitgezeichnet werden konnte.^[29] Diese erreichte bereits nach vier Tagen die für eine öffentliche Beratung der Petition und Anhörung der Petentin nötigen 50.000 Unterstützer.^[30] Insgesamt erhielt die Petition über 134.000 Mitzeichner.^[31]

Eine weitere Reaktion auf das Gesetzesvorhaben war die Gründung des Arbeitskreises gegen Internetsperren und Zensur, der Internetsperren nicht als effektive Maßnahme zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch, sondern Symbolpolitik kritisierte und versuchte, die Arbeit der Sperrgegner zu koordinieren.^[32] Eine Aktion des Arbeitskreises gegen den im Internet dokumentierten Kindesmissbrauch anhand der lancierten europäischen Sperrlisten konnte seiner Ansicht nach belegen, dass die Abschaltung der trotz Sperrung immer noch zugänglichen Webauftritte, sofern sie diese Dokumentationen zum Inhalt hatten, auch im Ausland problemlos möglich ist und nicht länger als die Übermittlung einer Sperrliste dauert.^[33] Die seinerzeit noch wenig bekannte Piratenpartei gewann durch den Protest gegen das Gesetz einen deutlichen Aufschwung.^[34]

Die Kritik von Fachpresse, Juristen, Missbrauchsoffern,^{[35][36]} Opposition, Bürgerrechtlern, Vereinen und Organisationen wie dem Chaos Computer Club sah in dem Vorhaben eine populistische Wahlkampfaktik mit einer unseriösen Argumentation,^[37] die Kinderpornografie nicht bekämpfe, aber ein Instrument zur allgemeinen Zensur im Internet aufbaue.^[38] Kritiker und Experten beklagen zudem eine widersprüchliche und manipulative Informationspolitik des Bundesfamilienministeriums und der Bundesregierung^[39] und die Unterstellung des damaligen Bundeswirtschaftsministers Karl-Theodor zu Guttenberg, sie würden die Verbreitung von kinderpornografischem Material unterstützen. Sie sahen sich durch die Äußerung zu Guttenbergs in den Befürchtungen bestätigt, dass ihre Bedenken von der Regierung ignoriert und Politikern mit geringen Kenntnissen reflexartig über Netzpolitik entscheiden würden.^[40]

In der ersten Lesung im Bundestag wurde bezweifelt, ob dem Bund die notwendige Kompetenz zur Gesetzgebung zustehe, da Medienrecht und auch polizeiliche Gefahrenabwehr nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes zwischen Bund und Ländern den Ländern obliegen und daher ihnen die Gesetzgebung zustünde. Im Rahmen des Jugendschutzes existierten gesetzliche Regelungen im Landesrecht und auch entsprechende gemeinsame Einrichtungen der Länder,^[41] die bereits über die gesetzliche Befugnis verfügten, das Löschen von Webseiten in Deutschland anzuordnen. Da gesetzliche Befugnisse zum Löschen von Webseiten außer von Deutschland nicht bestanden, wie im allgemeinen Rahmen der Bekämpfung der Internetkriminalität,^[42] wurde eine internationale Kooperation angestrebt.

Der Gesetzentwurf beinhaltete nach Ansicht der Kritiker einen Eingriff in vier Grundrechte.^[43]

1. Fernmeldegeheimnis
2. Recht auf informationelle Selbstbestimmung
3. Informationsfreiheit
4. Berufsfreiheit (des Providers)

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages hatten in einer Ausarbeitung das Vorhaben als verfassungsrechtlich bedenklich eingestuft: „Eine Sperrungsverfügung, welche zum Beispiel die Sperrung von IP-Adressen vorsieht, ist nur dann rechtmäßig, wenn sie auch verhältnismäßig ist. Das ist dann der Fall, [...] wenn die Maßnahme zur Erreichung des Zieles geeignet, erforderlich und angemessen ist.“ – „Hält man sich das große Missbrauchspotenzial, das gerade bei zentralen technischen Filtersystemen besteht, und die Bedeutung der Kommunikationsfreiheit für eine freiheitliche Demokratie vor Augen, so muss diese Gefahr als besonders schwerwiegend angesehen werden.“^[44]

Bürgerrechtler kritisieren vor allem die dazu geschaffene Infrastruktur,^[45] welche eine Kontrolle unliebsamer Inhalte ermögliche,^[46] die erwogene „Echtzeitüberwachung“^[47] und nicht vorhandene Zweckbindung. Mit Skepsis wurde dabei vor allem die nichtöffentliche Sperrliste des Bundeskriminalamts betrachtet,^[48] die von nicht näher bestimmten Polizeibeamten ohne juristische oder Gremienkontrolle erstellt werden sollte. Die Absicht, auch Seiten zu sperren, die auf eine an die Öffentlichkeit gelangte Sperrliste verlinken (beispielsweise WikiLeaks), hätte es dem Bundeskriminalamt ermöglicht, eine Überprüfung seiner Tätigkeit zu unterbinden.^{[49][50]}

Der neu gegründete Verein *MOGiS e. V.* (MissbrauchsOpfer Gegen InternetSperrungen)^[51] sah Missbrauchsoffer für eine Kampagne instrumentalisiert, durch die Missbrauch nicht bekämpft, sondern lediglich ignoriert würde.^[52] Der Verein *Trotz Allem e. V.*, der versucht, an der gesellschaftlichen Enttabuisierung des Themas „Sexuelle Gewalt, sexueller Missbrauch“ mitzuwirken und Frauen unterstützt, die sexualisierte Gewalt in ihrer Kindheit erleben mussten, bezeichnete in einem offenen Brief die Sperrung von Webseiten als „Täterschutz“.^[53] Einer ähnlichen Argumentation folgten Kritiker, die Bedenken anmeldeten, dass vorgeschaltete DNS-Sperren die effektive Strafverfolgung von Tätern verhindert hätte.^[54]

Seitens der Gegner des ursprünglichen Gesetzentwurfes wurde die Gefahr gesehen, dass Internetnutzer unwissentlich durch Abruf harmlos wirkender Domainnamen oder der weit verbreiteten Kurz-URLs auf gesperrte Websites weitergeleitet und somit als Verdächtige gemeldet würden, wenn sie keine Vorkehrungen zur Sicherung der Anonymität im Internet getroffen hätten. Ebenso stellte ihrer Ansicht nach Prefetching, das automatische Vorab-Laden von Inhalten durch den Browser, diesbezüglich ein Problem dar.^[55]

Kritisiert wurde das Vorhaben auch in einem Dokument des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien, worin dieser grundsätzlich Bereitschaft zum Einsatz technischer Mechanismen zur Erschwerung des Zugangs zu entsprechenden Inhalten im World Wide Web auf rechtlich sicherer Grundlage erklärte und Änderungen am Gesetzesentwurf forderte. „Mit Sorge und tiefgreifender Skepsis bewerten wir daher die schon in der Vergangenheit geführte und jetzt im Zuge der zu Kinderpornografie stattfindenden Diskussion noch stärker aufkommenden weiter reichenden Ansprüche und Begehrlichkeiten. Konsequenz zu Ende gedacht, würden diese die Internet Service Provider (ISP; also alle Diensteanbieter, die Zugang zum Datennetz anbieten) in eine Überwacherrolle drängen, die konträr zur neutralen Natur der erbrachten Dienstleistung und damit auch konträr zu grundlegenden rechtlichen Wertungen ist.“^{[56][57]}

Als weitere Fachgesellschaft wendete sich die Gesellschaft für Informatik gegen das Vorhaben.^[58]



Umstritten war zudem die Ernsthaftigkeit des Vorgehens, da laut einer statistischen Auswertung der Filterlisten aus der Schweiz, Dänemark, Finnland und Schweden über 96 Prozent der dort gesperrten Seiten in westlichen Staaten wie Australien, Kanada, den Niederlanden und der USA gehostet gewesen seien.^[59] Auch das BKA bestätigte Anfang Juni 2009 der SPD-Bundestagsfraktion, dass kinderpornografische Inhalte bevorzugt in Staaten „mit intensiv ausgebauter Internet-Infrastruktur“ gespeichert wurden, speziell in den USA, in Deutschland, in den Niederlanden und in Kanada.^[60] Diese hätten demzufolge mittels polizeilicher Kooperation effektiv entfernt und die Betreiber jener Seiten mit kinderpornografischen Inhalten strafrechtlich belangt werden können. Statt effektiv gegen dokumentierte Straftaten vorzugehen, hätte die DNS-Sperre lediglich der Zugang geringfügig erschwert.^[61] Zudem seien die Voraussetzungen, mit denen Ursula von der Leyen für die Sperrung warb, zweifelhaft gewesen, da die vorgeblich millionenschwere Kinderpornografie-Industrie tatsächlich nicht existieren hätte,^[62] weswegen der Nutzen der Sperrung, und damit die Verhältnismäßigkeit in Bezug auf das verfassungsmäßige Recht auf freie Informationen, infrage gestellt wurde.^[63]

Eine Auswertung der BKA-Statistik für den Januar 2011 ergab, dass insgesamt Mitteilungen zu 143 Seiten ins Ausland versandt wurden, wobei 81 % der Seiten in drei Staaten lagen (33 % USA, 33 % Russland, 15 % Kanada). Nach einer Woche waren 68 % der Inhalte gelöscht, nach zwei Wochen und Mahnungen an die ausländischen Behörden 93 % gelöscht und nach vier Wochen 99 %.^[64] In den zuvor bekannt gewordenen BKA-Evaluationen waren nur die wesentlich geringeren Löscherfolge angegeben, die innerhalb eines „Überprüfungsintervalls“ von einer Woche erzielt wurden.^{[65][66]}

Online-Petition gegen das Gesetzgebungsvorhaben

Am 22. April 2009 reichte Franziska Heine eine E-Petition beim Deutschen Bundestag ein. Sie konnte vom 4. Mai 2009 an unterzeichnet werden.^[67] Interessierte Bürger konnten sich auf diesem Wege bis zum 16. Juni gegen das Gesetzgebungsvorhaben aussprechen. Die Hauptpetentin bekannte sich im Petitionstext klar zum Kampf gegen den Missbrauch an Kindern, stellte aber zugleich die Sperrung von Webseiten als ein ungeeignetes Mittel im Kampf gegen Kinderpornografie dar und forderte daher den Bundestag auf, das geplante Gesetz abzulehnen. Die Vorgehensweise sei undurchsichtig und unkontrollierbar, zudem bedeute sie eine Gefährdung des Grundrechtes auf Informationsfreiheit (GG Art. 5). Bereits am 8. Mai hatten sich für die Petition die zu einer öffentlichen Anhörung^[68] benötigten 50.000 Mitzeichner gefunden. Am 28. Mai wurde die Schwelle zu 100.000 Mitzeichnern überschritten und am 16. Juni, dem letzten Mitzeichnungstag, stieg die Zahl auf 134.014 Mitschriften.^[69] Damit wurde die Petition zur bis dato meistunterzeichneten Online-Petition in der deutschen Geschichte.^[70] Um den Petitionsdienst des Bundestages zu entlasten und dennoch für Interessierte einen Einblick in die weitere Entwicklung der Petition zu schaffen, wurden zahlreiche Ad-hoc-Webdienste geschaffen,^[71] zum Beispiel Mitzeichner aufgeschlüsselt nach Region.^[72]

Meinungsumfragen

Um das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung zu unterstützen, gab die Deutsche Kinderhilfe im Mai 2009 eine Umfrage bei Infratest dimap in Auftrag,^[73] aus der hervorging, dass etwa 92 Prozent der Befragten die Sperrung von Webseiten befürworten würden.

Die Art der Fragestellung wurde jedoch als manipulative PR-Aktion der unionsnahen Kinderhilfe kritisiert.^[74] Der Verein *MissbrauchsOpfer Gegen InternetSperrren* gab daraufhin ebenfalls eine Umfrage zum gleichen Thema und beim gleichen Meinungsforschungsinstitut in Auftrag,^[75] wobei die Fragen anders formuliert waren. Sie fragte, ob alleine die Zugangerschwerung ausreiche oder alternativ Strafverfolgung und Löschung erforderlich seien. Im Ergebnis dieser zweiten Umfrage sprachen sich mehr als 90 Prozent der Teilnehmer gegen eine alleinige Sperrung von Webseiten aus und befürworteten stattdessen eine konsequente Löschung der Webseiten sowie die strafrechtliche Verfolgung der Betreiber.^[76]

Laut Richard Hilmer, dem Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap, widersprechen sich die beiden Umfragen aber nicht. Die erste Umfrage habe ermitteln wollen, ob es eine Zustimmung der Bevölkerung zum Gesetzesentwurf gab, und die zweite Umfrage, ob sich die Bürger für weitergehende Alternativen aussprechen. Seiner Meinung nach bedeute dies nicht, dass es keine Mehrheit für die Sperrung von Internetseiten gibt, sondern nur, dass von der Mehrheit der Bevölkerung jede Maßnahme gegen Kinderpornografie begrüßt wird.^[77]

Erfahrungen außerhalb Deutschlands

Seit mehreren Jahren werden bereits Sperrungen gegen Kinderpornografie im Internet praktiziert, darunter in Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland, den Niederlanden, Italien, Großbritannien, der Schweiz, Neuseeland, Südkorea, Kanada und Taiwan. In Italien und Finnland geschieht dieses auf gesetzlicher Grundlage; in den skandinavischen Ländern wurden verbindliche Vereinbarungen mit den Zugangsanbietern getroffen; in den USA existiert eine freiwillige Selbstverpflichtung.

Im US-Staat Pennsylvania wurde im September 2004 das Internet Child Pornography Law für verfassungswidrig erklärt, da unter anderem die erheblichen Kollateralschäden^[78] gegen den 1. Verfassungszusatz verstoßen würden.^[79]

Laut Begründung zum Gesetzentwurf des Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wären täglich Zehntausende von Zugriffen auf kinderpornografische Angebote verhindert worden. In Norwegen täglich etwa 15.000 bis 18.000 Zugriffe und in Schweden täglich etwa 50.000.^{[11][80]} Allerdings gibt Michael Rotert, der Vorstandsvorsitzende des Verbands der deutschen Internetwirtschaft zu bedenken: „Der größte Teil dieser Klicks, die dort gezählt werden, sind die vielen Suchmaschinen“.^[48] Der Chef der Polizeiermittlungsgruppe gegen Kinderpornografie und Kindesmisshandlung in Stockholm, Björn Sellström, stellt zudem fest: „Unsere Sperrmaßnahmen tragen leider nicht dazu bei, die Produktion von Webpornografie zu vermindern“.^[48]

Die Polizei in Norwegen erhält über die gesperrten Seiten eine anonymisierte Logdatei der beteiligten Provider über jene Fälle, in denen die Stopp-Seite angezeigt wurde. Dies sei hilfreich, um anderen Webdomänen auf die Spur zu kommen, die auf Kinderpornographie verlinken.^[81] Laut Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien „dürfte ein Fazit dieser Zahlen sein, dass offenbar auch abseits abgeschlossener Räume in Newsgroups und abseits von Peer-to-Peer-Systemen entsprechende Inhalte konsumiert werden, mithin neben einem harten Kern kriminell organisiert agierender Konsumenten kinderpornografische Inhalte auch von ‚Gelegenheitskonsumenten‘ abgerufen werden“.^[56] Ein Teil der so erfassten Abrufe entstünde, indem Nutzer bei der Suche nach einfacher Pornografie oder gänzlich anderen Inhalten unbeabsichtigt auf Seiten mit kinderpornografischen Inhalten gelangen. Dies ist nach Informationen des Bundesverbandes ein Grund, weshalb in Skandinavien von einer Verwendung der anfallenden Informationen für Strafverfolgungszwecke bewusst abgesehen wird.^[56]

Die Sperrlisten von Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen, Italien, Australien und Thailand wurden trotz strenger Geheimhaltung bei WikiLeaks veröffentlicht.^[11] Darin sei zu sehen, dass auch zahlreiche Seiten zensiert werden, auf denen keine kinderpornografischen Inhalte angeboten werden.^[82] Laut dem Grünen-Abgeordneten Jyrki Kasvi seien beispielsweise in Finnland auch Seiten mit politischem Material gesperrt worden.^[83] Eine polizeiliche Zentralstelle in Skandinavien geht laut Angaben des Bundeskriminalamtes davon aus, dass die Sperrlisten nicht durch einen Bruch der Vertraulichkeit an die Öffentlichkeit gelangten, sondern durch rückwärtige Generierung rekonstruiert wurden (vergleiche hierzu auch Streisand-Effekt).^[84]

Jugendpornographie

Einige Politiker wie zum Beispiel der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann forderten bereits ausdrücklich, die im Zugangerschwerungsgesetz vorgesehenen Sperren auf Jugendpornografie auszuweiten.^[85]

Weblinks

- Text des Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen mit dem Zugangerschwerungsgesetz als Artikel 1 (html) ^[86]
- Text des Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen (BGBl. I 2010 S. 78) (pdf) ^[87]
- Entwürfe und Begründungen zum Zugangerschwerungsgesetz ^[88]
- DFN: Folien der DFN-Betriebstagung zum Zugangerschwerungsgesetz – Die technische Umsetzung (PDF) ^[89] (221 kB)

Literatur

- Heliosch, Alexandra: Verfassungsrechtliche Anforderungen an Sperrmaßnahmen von kinderpornographischen Inhalten im Internet. Unter besonderer Berücksichtigung des Zugangerschwerungsgesetzes. Göttinger Schriften zur Internetforschung - Band 10, Göttingen 2012, Göttinger Universitätsverlag ISBN 978-3-86395-057-6 online-version ^[90] (PDF; 2,5 MB)

Einzelnachweise

- [1] http://www.gesetze-im-internet.de/stgb/_184b.html
- [2] Subsecretaria de Promoção dos Direitos da Criança e do Adolescente: *Main recommendations resulting from the WCIII* (http://www.unicef.at/fileadmin/medien/pdf/MAIN_POINTS_OF_World_Congress_III_-_ENG_only.doc). (Word-Dokument; 570 KB)
- [3] <http://www.danisch.de/blog/2011/06/21/wie-die-deutsche-internet-kinderpornosperre-zustande-kam-und-zugrunde-ging/>
- [4] Stoppschild gegen Kinderpornos im Web (<http://www.stern.de/computer-technik/internet:/Internetsperren-Stoppschild-Kinderpornos/661190.html>), Stern vom 17. April 2009
- [5] Bundeskriminalamt: Antrag auf Akteneinsicht nach dem Informationsfreiheitsgesetz (<http://ptrace.fefe.de/BKA-IFG-2009-05-07.pdf>). 7. Mai 2009. (PDF; 157 KB)
- [6] , Tagesschau vom 17. April 2009
- [7] Statement (<http://www.manitu.de/zensur-freies-internet/>)
- [8] focus.de: *Kriminalität – Surf-Sperre für Kinderporno-Seiten verzögert sich* (http://www.focus.de/digital/computer/kriminalitaet-surf-sperre-fuer-kinderporno-seiten-verzoegert-sich_aid_393503.html). 26. April 2009.
- [9] Deutscher Bundestag: Petition: Kinder- und Jugendhilfe – Kinderpornografie im Internet vom 17. März 2009 (<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=3293>)
- [10] heise online: *Bundeskabinett beschließt Gesetzesentwurf zu Kinderporno-Sperren* (<http://www.heise.de/newsticker/Bundeskabinett-beschliesst-Gesetzesentwurf-zu-Kinderporno-Sperren--/meldung/136556>), 22. April 2009.
- [11] Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Entwurf des Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen (<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Gesetz/entwurf-gesetzes-zur-bekaempfung-der-kinderpornographie-in-kommunikationsnetzen,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>). – Geplante Änderungen des Telemediengesetzes und des Telemediengesetzes. (PDF; 36 KB)
- [12] Strafe bei versuchtem Zugriff auf Kinderporno-Seiten gefordert (<http://www.die-topnews.de/strafe-bei-versuchtem-zugriff-auf-kinderporno-seiten-gefordert-348331>) 24. April 2009
- [13] <http://www.netzpolitik.org/2009/online-beirat-der-spd-gegen-zensurgesetz/>
- [14] Bundestag.de: Namentliche Ergebnisse der Abstimmung (abgerufen am 17. März 2010 (http://www.bundestag.de/bundestag/plenum/abstimmung/16wp/20090618_kinderpornografie.pdf)) (PDF; 183 kB)
- [15] http://www.abgeordnetenwatch.de/internet_sperren-636-180.html
- [16] <http://blog.till-westermayer.de/index.php/2009/06/19/wie-grun-ist-netzpolitik/>
- [17] Ole Reißmann: *FDP-Sieg bei Bürgerrechten - Stoppschild für Zensursula*, 16. Oktober 2009, SPON (<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,655565,00.html>).
- [18] hda/dpa: *Stoppschilder im Internet – Schäuble räumt Fehler bei Netzsperrern ein*, 10. Oktober 2009, online z. B. unter SPON (<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,654424,00.html>).

- [19] AFP: *Schwarz-Gelb stoppt Internetsperren*, 16. Oktober 2009, online z. B. unter welt.de (<http://www.welt.de/politik/deutschland/article4865602/Schwarz-Gelb-stoppt-Internetsperren.html>).
- [20] Köhler verweigert Unterschrift fürs Internetsperren-Gesetz (<http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/0,1518,663991,00.html>). In: Spiegel Online, 28. November 2009.
- [21] Christiane Schulzki-Haddouti: SPD wendet sich gegen Internet-Sperrgesetz (<http://www.heise.de/newsticker/meldung/SPD-wendet-sich-gegen-Internet-Sperrgesetz-884257.html>). In: c't magazin, 12. Dezember 2009.
- [22] Pressemitteilung des Bundespräsidenten vom 17. Februar 2010: Ausfertigung des "Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen" (http://bundespraesident.de/Journalistenservice/Pressemitteilungen-,11107.662222/Ausfertigung-des-Gesetzes-zur-.htm?global.back=/Journalistenservice/,-,11107,0/Pressemitteilungen.htm?link=bpr_liste)
- [23] Märkische Allgemeine: Innenministerium stoppt Gesetz über Internetsperren (<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11737009/492531/Die-geplanten-Sperrenlisten-fuer-Kinderporno-Seiten-sind-vom.html>)
- [24] (<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,747222,00.html>) Bericht über die Verfassungsbeschwerde bei Spiegel Online
- [25] BVerfG, Beschluss vom 29. März 2011 (http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk20110329_1bvr050811.html), Az. 1 BvR 508/11, Volltext.
- [26] (<http://www.tagesschau.de/inland/internetsperren118.html>) Bericht über den Koalitionsausschuss bei tagesschau.de
- [27] Bundesregierung hebt Sperrgesetz gegen Kinderpornos auf (<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-05/streichung-kinderpornosperr>) Zeit Online, 25. Mai 2011
- [28] *Bundestag kippt Internetsperren* (<http://www.fr-online.de/politik/kinderpornografie-bundestag-kippt-internetsperren,1472596,11250532.html>), Frankfurter Rundschau, 1. Dezember 2011
- [29] Petition beim Bundestag (<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=3860>)
- [30] Tagesschau vom 8. Mai 2009
- [31] Franziska Heine: Das Gesicht des Internets (http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1802120) Frankfurter Rundschau (online) vom 18. Juni 2009
- [32] ak-zensur.de: Über den falschen Weg im Kampf gegen Kinderpornographie (<http://ak-zensur.de/>)
- [33] AK Zensur: Löschen statt verstecken: Es funktioniert! (<http://ak-zensur.de/2009/05/loeschen-funktioniert.html>) 27. Mai 2009.
- [34] *Grüne und Piraten - Die Freibeuter der Leere* (<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/digitales-denken/gruene-und-piraten-die-freibeuter-der-leere-11538418.html>) *faz.net* vom 24. November 2011
- [35] MOGIS (MissbrauchsOpfer Gegen InternetSperrungen) (<http://mogis-verein.de/>)
- [36] Trotz Allem e.V.: "Löschen statt Sperren" (<http://www.trotz allem.de/loeschen-statt-sperren.html>)
- [37] *Von der Leyens unseriöse Argumentation* (<http://www.zeit.de/online/2009/20/kinderpornografie-fakten>) Die Zeit vom 13. Mai 2009
- [38] NDR-Fernsehen: *Zapp*: Proteste gegen Internetsperrungen (<http://www3.ndr.de/sendungen/zapp/media/zappinteraktivinternetsperren100.html>). 27. Mai 2009. (Flash-Video; 9:51 min.)
- [39] Bettina Winsemann: Lügen und Widersprüche – Die offiziellen Netzsperr-FAQs (<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/30/30460/1.html>). Telepolis, 8. Juni 2009.
- [40] taz.de: Blogosphäre gegen „Guttenzweg“ (<http://www.taz.de/1/politik/schwerpunkt-ueberwachung/artikel/1/blogosphaere-gegen-guttenzweg/>). 12. Mai 2009.
- [41] KJM: Aufsicht über privaten Rundfunk und Telemedien (<http://www.kjm-online.de>)
- [42] Deutschlandfunk, Deutschlandradio Kultur: Bund Deutscher Kriminalbeamter fordert „Kripo 2.0“ (<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/975973/>). 4. Juni 2009.
- [43] Telemedicus: Netzsperrungen: Der neue Entwurf und seine Rechtmäßigkeit (<http://www.telemedicus.info/article/1271-Netzsperrungen-Der-neue-Entwurf-und-seine-Rechtsmaessigkeit.html>). 24. April 2009.
- [44] Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Sperrverfügung gegen Internet-Provider (http://www.ccc.de/press/releases/2009/20090212/bundestag_filter-gutachten.pdf) 27. Januar 2009. (PDF; 285 KB)
- [45] Lutz Donnerhacke: Woher wissen Sie, was Sie tun? (<http://netzpolitik.org/2009/hintergrundtext-kinderpornographie-internet-sperren/>) 5. Mai 2009
- [46] AFP: SPD-Experte Wiefelspütz für Ausweitung von Internetsperren (<http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5hTngECj7FoPfedBJMc51CoFsR9Vg>). 6. Juni 2009.
- [47] heise online: Kinderporno-Sperren: Regierung erwägt Echtzeitüberwachung der Stoppschild-Zugriffe (<http://www.heise.de/newsticker/Kinderporno-Sperren-Regierung-erwaegt-Echtzeitueberwachung-der-Stoppschild-Zugriffe--/meldung/136769>). 25. April 2009
- [48] *Verschleierungstaktik – Die Argumente für Kinderporno-Sperren laufen ins Leere* (<http://www.heise.de/ct/Die-Argumente-fuer-Kinderporno-Sperren-laufen-ins-Leere--/artikel/135867>), c't 9/09
- [49] gulli.de: *Internet-Sperrgesetz – Entwurf verfassungsrechtlich bedenklich* (<http://www.gulli.com/news/internet-sperrgesetz-entwurf-2009-04-24/>), 24. April 2009
- [50] Keine Allmacht für das BKA (<http://www.zeit.de/online/2009/17/netzsperrungen-bka-gesetz>) Die Zeit vom 22. April 2009
- [51] Webseite von MOGIS (<http://mogis-verein.de/>)
- [52] Missbrauchsopfer kämpfen gegen Netzsperrungen (<http://www.zeit.de/online/2009/17/netzsperrungen-missbrauch>) Die Zeit vom 16. April 2009
- [53] Trotz Allem e. V.: Offener Brief zur Gesetzesvorlage Internetsperren (http://www.trotz allem.de/Offener_Brief_Familienministerin.pdf) (PDF; 155 KB)

- [54] Strafverfolgung oder Internetsperren? (<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/30/30344/1.html>) Telepolis vom 18. Mai 2009
- [55] Moderne Abenteuer: Prefetching & Linkverkürzer (<http://netzpolitik.org/2009/moderne-abenteuer-prefetching-linkverkuerzer/>) Netzpolitik vom 12. Mai 2009
- [56] Stellungnahme BITKOM (http://www.bitkom.org/files/documents/090205_BITKOM-Stellungnahme_Expertengespraech_UA_neue_Medien_12_2_2009.pdf) (PDF; 186 kB)
- [57] BITKOM – Scharfe Kritik am Kinderporno-Gesetz (<http://www.domain-recht.de/magazin/domain-news-2009/bitkom-scharfe-kritik-am-kinderporno-gesetz-id667443.html>) domainrecht, 14. Mai 2009
- [58] Statt Internetsperren Kinderpornografie ernsthaft verfolgen (<http://www.gi-ev.de/presse/pressemitteilungen-2009/pressemitteilung-vom-18-mai-2009.html>) Gesellschaft für Informatik, Pressemitteilung vom 18. Mai 2009
- [59] Frank Patalong: *BKA filtert das Web* (<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,619509,00.html>), Spiegel Online, 17. April 2009
- [60] Heise online: Websperren: Kinderporno-Täter bevorzugen USA und Deutschland als Serverstandorte (<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Websperren-Kinderporno-Taeter-bevorzugen-USA-und-Deutschland-als-Serverstandorte-886814.html>)
- [61] Internet-Sperren für Kinderpornos (<http://www.sueddeutsche.de/computer/536/465128/text/>) Süddeutsche Zeitung vom 15. April 2009
- [62] Die Legende von der Kinderpornoindustrie (<http://www.lawblog.de/index.php/archives/2009/03/25/die-legende-von-der-kinderpornoindustrie/>) law blog vom 25. März 2009
- [63] Harte Kritik an geplanter Sperrung kinderpornografischer Webseiten (<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/16/0,3672,7558608,00.html>) heute.de vom 24. April 2009
- [64] Eigene Zahlen bringen BKA in Erklärungsnot (<http://gruen-digital.de/2011/03/eigene-zahlen-bringen-bka-in-erklaerungsnot/>) Konstantin Notz, GrünDigital am 18. März 2011
- [65] BKA-Zahlen belegen den Erfolg von "löschen statt sperren" (<http://netzpolitik.org/2011/bka-zahlen-belegen-den-erfolg-von-loschen-statt-sperren/>) Von Jörg-Olaf Schäfers am: 18. März 2011
- [66] Stellungnahme des BKA zur 4. Sitzung des Unterausschusses Neue Medien (PDF) (http://www.netzpolitik.org/wp-upload/101021_Stellungnahme-BKA.pdf) am 25. Oktober 2010
- [67] Deutscher Bundestag: Petition: Internet – Keine Indizierung und Sperrung von Internetseiten vom 22. April 2009 (<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=3860>). Eingesehen am 4. Mai 2009.
- [68] Pressemitteilung des Bundestags, 20. Mai 2009: Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie am 27. Mai 2009 11:00-13:30 (http://www.bundestag.de/aktuell/presse/2009/pm_09052010.html)
- [69] Statistiken auf sejmwatch.info (<http://sejmwatch.info/petition-internet-zensur.html>)
- [70] Es handelt sich hierbei um die derzeit erfolgreichste ePetition. Der Rekordhalter ist noch immer die von 969.891 Petenten handschriftlich unterschriebene Petition zum Erhalt des arbeitsfreien Sonntages aus dem Jahre 2000. Siehe dazu: (<http://webarchiv.bundestag.de/archive/2007/0108/bp/2000/bp0012/0012072b.html>)
- [71] ein Überblick über zahlreiche Ad-hoc-Webdienste im AK-Zensur-Wiki (http://www.thomasmoehle.de/zensur/index.php/Petition#Aktueller_Stand)
- [72] Dynamische Auswertung der Stimmen zur Petition gegen die Indizierung und Sperrung von Internetseiten (<http://leyen.0x33.de/index.php>)
- [73] Umfrage im Auftrag der *Deutschen Kinderhilfe* (http://www.kinderhilfe.de/Infratest_dimap_Umfrageergebnisse.pdf)
- [74] Frankfurter Rundschau: Internet-Sperren - Kampf um die Meinungshoheit (http://www.fr-online.de/top_news/1760275_Internet-Sperren-Kampf-um-die-Meinungshoheit.html)
- [75] Umfrage im Auftrag von *MissbrauchsOpfer Gegen InternetSperren* (<http://mogis.wikia.com/wiki/InfratestDimapUmfrage>) (MOGIS)
- [76] Mehr als 90 Prozent gegen Sperrungen im Internet (<http://www.zeit.de/online/2009/22/netzsperrren-umfrage?page=1>) – Artikel bei *Die Zeit*, vom 20. Mai 2009
- [77] Kai Biermann: „Jeder Schritt gegen Kinderpornografie wird begrüßt“. *Zeit-Online* 27. Mai 2009. (<http://www.zeit.de/online/2009/22/netzsperrren-infratest-interview?page=1>)
- [78] Pennsylvania child porn law causes 'massive overblocking of sites' (http://www.theregister.co.uk/2004/01/13/pennsylvania_child_porn_law_causes/), www.theregister.co.uk, 13. Januar 2004
- [79] Sperrverfügungen im Internet (http://www.kjm-online.de/public/kjm/downloads/juristisches_Gutachten_Sperrverfuegungen.pdf), KJM, 2008
- [80] *Kinderpornografie: Vor allem Symbolwert, Schweden zufrieden mit Internet-Blockaden / Banken sollen die Bezahlwege blockieren* (<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11467169/492531/Schweden-zufrieden-mit-Internet-Blockaden-Banken-sollen-die.html>) Märkische Allgemeine vom 27. März 2009
- [81] heise online: „Familienministerin: Provider machen mit beim Sperren von Kinderporno“ (<http://www.heise.de/newsticker/Familienministerin-Provider-machen-mit-beim-Sperren-von-Kinderporno-/-meldung/121769>). Abgerufen am 16. Mai 2009
- [82] *Gutenberg verärgert Online-Petenten gegen Internetzensur* (http://www.zdnet.de/news/digitale_wirtschaft_internet_ebusiness_gutenberg_veraergert_online_petenten_gegen_internetzensur_story-39002364-41003863-1.htm) ZDNet.de vom 11. Mai 2009
- [83] Kinderpornoseiten-Filter mangelhaft – Sperren verhindern Missbrauch nicht (<http://www.taz.de/1/leben/internet/artikel/1/sperrren-verhindern-missbrauch-nicht/>) taz vom 9. Februar 2009
- [84] Stellungnahme des Bundeskriminalamtes, Frage 3 (http://www.bundestag.de/ausschuesse/a22/a22_nm/oeffentliche_Sitzungen/a22_uanm_to24/Stellungnahmen/Maurer.pdf), 9. Februar 2009

- [85] Heise.de, 12. Juni 2009: *Bundesrat hat „erhebliche Bedenken“ bei Kinderporno-Sperren*, online unter heise.de (<http://www.heise.de/newsticker/Bundesrat-hat-erhebliche-Bedenken-bei-Kinderporno-Sperren-/meldung/140331>)
- [86] <http://www.buzer.de/s1.htm?g=Gesetz+zur+Bek%C3%A4mpfung+der+Kinderpornographie+in+Kommunikationsnetzen&f=1>
- [87] http://www2.bgb1.de/Xaver/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&bk=Bundesanzeiger_BGBI&start=//%5B@attr_id=%27bgb110s0078.pdf%27%5D
- [88] <http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP16/197/19779.html>
- [89] http://www.burks.de/dfn_wirtz.pdf
- [90] http://webdoc.sub.gwdg.de/univerlag/2012/GSI10_heliosch.pdf



Bitte den Hinweis zu Rechtsthemen beachten!

Quelle(n) und Bearbeiter des/der Artikel(s)

Zugangerschwerungsgesetz *Quelle:* <http://de.wikipedia.org/w/index.php?oldid=115984225> *Bearbeiter:* Agathenon, Aka, Alros002, Arcy, Arnomane, Atlasowa, Baumfreund-FFM, Ben g, Bunnyfrosch, ChrisiPK, Conspiration, César, DanielDüsenrieb, Dijonsenf, Don Magnifico, Drahrub, Drahrög01, Dreaven3, Edoe, Flominator, Florian Adler, Florian Mösch, Florian.Kebler, Forevermore, Freibierkämpfer, Gamal, Geitost, Gleiberg, Gnom, Gugerell, Hapollati, Hardenacke, Hæggsi, IM Serious, Inkowik, Jocian, John-vogel, JuTe CLZ, Kai-Hendrik, Kalorie, Karl Gruber, Karsten11, Klingon83, Kr51-2, Kusma, Leit, MBq, Mario*, Markbenecke, Mogis, Naturklang, Nemissimo, Nico T, Nicor, Noebse, One-eyed pirate, Ottomanisch, PlusPedia Glenn, Richtest, Rtc, Satyrios, Shadak, Sina-, Skyman gozilla, Stefan Hartmann, Succu, T.Daus, Tischbeinahe, Trustable, Tscherpownik, Tsor, Tubeshelp, UHT, Umweltschützen, Uncopy, Uriehm, Waugsberg, Wohingenau, 51 anonyme Bearbeitungen

Quelle(n), Lizenz(en) und Autor(en) des Bildes

Datei:Kinder stopp.png *Quelle:* http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Kinder_stopp.png *Lizenz:* Public domain *Bearbeiter:* DaSch, Florentyna, Marsupilami, Nicor, PsY.cHo, Ralf Roletschek, Rosenzweig, Uncopy

Datei:Demo Netzensur 2009 09.jpg *Quelle:* http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Demo_Netzensur_2009_09.jpg *Lizenz:* Creative Commons Attribution-Sharealike 3.0 *Bearbeiter:* AnRo002, Autorenkollektiv, The Honorable, Túrelio

Datei:Icon-Rechtshinweis-blau2-Asio.svg *Quelle:* <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Icon-Rechtshinweis-blau2-Asio.svg> *Lizenz:* Creative Commons Attribution-Sharealike 3.0,2.5,2.0,1.0 *Bearbeiter:* Hk kng with the utilisation of work by de:Benutzer:Asio otus and de:Benutzer:San Jose

Lizenz

Wichtiger Hinweis zu den Lizenzen

Die nachfolgenden Lizenzen beziehen sich auf den Artikeltext. Im Artikel gezeigte Bilder und Grafiken können unter einer anderen Lizenz stehen sowie von Autoren erstellt worden sein, die nicht in der Autorenliste erscheinen. Durch eine noch vorhandene technische Einschränkung werden die Lizenzinformationen für Bilder und Grafiken daher nicht angezeigt. An der Behebung dieser Einschränkung wird gearbeitet. Das PDF ist daher nur für den privaten Gebrauch bestimmt. Eine Weiterverbreitung kann eine Urheberrechtsverletzung bedeuten.

Creative Commons Attribution-ShareAlike 3.0 Unported - Deed

Diese "Commons Deed" ist lediglich eine vereinfachte Zusammenfassung des rechtsverbindlichen Lizenzvertrages (http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Lizenzbestimmungen_Commons_Attribution-ShareAlike_3.0_Unported) in allgemeinverständlicher Sprache.

Sie dürfen:

- das Werk bzw. den Inhalt **vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen**
- Abwandlungen und Bearbeitungen** des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

- Namensnennung** — Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen.
- Weitergabe unter gleichen Bedingungen** — Wenn Sie das lizenzierte Werk bzw. den lizenzierten Inhalt bearbeiten, abwandeln oder in anderer Weise erkennbar als Grundlage für eigenes Schaffen verwenden, dürfen Sie die daraufhin neu entstandenen Werke bzw. Inhalte nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch, vergleichbar oder kompatibel sind.

Wobei gilt:

- Verzichtserklärung** — Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die ausdrückliche Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Sonstige Rechte** — Die Lizenz hat keinerlei Einfluss auf die folgenden Rechte:

- Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts und sonstigen Befugnisse zur privaten Nutzung;
- Das Urheberpersönlichkeitsrecht des Rechteinhabers;
- Rechte anderer Personen, entweder am Lizenzgegenstand selber oder bezüglich seiner Verwendung, zum Beispiel Persönlichkeitsrechte abgebildeter Personen.

- Hinweis** — Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen alle Lizenzbedingungen mitteilen, die für dieses Werk gelten. Am einfachsten ist es, an entsprechender Stelle einen Link auf <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de> einzubinden.

Haftungsbeschränkung

Die „Commons Deed“ ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache, aber auch stark vereinfacht wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

GNU Free Documentation License

Version 1.2, November 2002

Copyright (C) 2000,2001,2002 Free Software Foundation, Inc.

51 Franklin St, Fifth Floor, Boston, MA 02110-1301 USA

Everyone is permitted to copy and distribute verbatim copies

of this license document, but changing it is not allowed.

0. PREAMBLE

The purpose of this License is to make a manual, textbook, or other functional and useful document "free" in the sense of freedom: to assure everyone the effective freedom to copy and redistribute it, with or without modifying it, either commercially or noncommercially. Secondly, this License preserves for the author and publisher a way to get credit for their work, while not being considered responsible for modifications made by others.

This License is a kind of "copyleft", which means that derivative works of the document must themselves be free in the same sense. It complements the GNU General Public License, which is a copyleft license designed for free software.

We have designed this License in order to use it for manuals for free software, because free software needs free documentation: a free program should come with manuals providing the same freedoms that the software does. But this License is not limited to software manuals; it can be used for any textual work, regardless of subject matter or whether it is published as a printed book. We recommend this License principally for works whose purpose is instruction or reference.

1. APPLICABILITY AND DEFINITIONS

This License applies to any manual or other work, in any medium, that contains a notice placed by the copyright holder saying it can be distributed under the terms of this License. Such a notice grants a world-wide, royalty-free license, unlimited in duration, to use that work under the conditions stated herein. The "Document", below, refers to any such manual or work. Any member of the public is a licensee, and is addressed as "you". You accept the license if you copy, modify or distribute the work in a way requiring permission under copyright law.

A "Modified Version" of the Document means any work containing the Document or a portion of it, either copied verbatim, or with modifications and/or translated into another language.

A "Secondary Section" is a named appendix or a front-matter section of the Document that deals exclusively with the relationship of the publishers or authors of the Document to the Document's overall subject (or to related matters) and contains nothing that could fall directly within that overall subject. (Thus, if the Document is in part a textbook of mathematics, a Secondary Section may not explain any mathematics.) The relationship could be a matter of historical connection with the subject or with related matters, or of legal, commercial, philosophical, ethical or political position regarding them.

The "Invariant Sections" are certain Secondary Sections whose titles are designated, as being those of Invariant Sections, in the notice that says that the Document is released under this License. If a section does not fit the above definition of Secondary then it is not allowed to be designated as Invariant. The Document may contain zero Invariant Sections. If the Document does not identify any Invariant Sections then there are none.

The "Cover Texts" are certain short passages of text that are listed, as Front-Cover Texts or Back-Cover Texts, in the notice that says that the Document is released under this License. A Front-Cover Text may be at most 5 words, and a Back-Cover Text may be at most 25 words.

A "Transparent" copy of the Document means a machine-readable copy, represented in a format whose specification is available to the general public, that is suitable for revising the document straightforwardly with generic text editors or (for images composed of pixels) generic paint programs or (for drawings) some widely available drawing editor, and that is suitable for input to text formatters or for automatic translation to a variety of formats suitable for input to text formatters. A copy made in an otherwise Transparent file format whose markup, or absence of markup, has been arranged to thwart or discourage subsequent modification by readers is not Transparent. An image format is not Transparent if used for any substantial amount of text. A copy that is not "Transparent" is called "Opaque".

Examples of suitable formats for Transparent copies include plain ASCII without markup, Texinfo input format, LaTeX input format, SGML or XML using a publicly available DTD, and standard-conforming simple HTML, PostScript or PDF designed for human modification. Examples of transparent image formats include PNG, XCF and JPG. Opaque formats include proprietary formats that can be read and edited only by proprietary word processors, SGML or XML for which the DTD and/or processing tools are not generally available, and the machine-generated HTML, PostScript or PDF produced by some word processors for output purposes only.

The "Title Page" means, for a printed book, the title page itself, plus such following pages as are needed to hold, legibly, the material this License requires to appear in the title page. For works in formats which do not have any title page as such, "Title Page" means the text near the most prominent appearance of the work's title, preceding the beginning of the body of the text.

A section "Entitled XYZ" means a named subunit of the Document whose title either is precisely XYZ or contains XYZ in parentheses following text that translates XYZ in another language. (Here XYZ stands for a specific section name mentioned below, such as "Acknowledgements", "Dedications", "Endorsements", or "History".) To "Preserve the Title" of such a section when you modify the Document means that it remains a section "Entitled XYZ" according to this definition.

The Document may include Warranty Disclaimers next to the notice which states that this License applies to the Document. These Warranty Disclaimers are considered to be included by reference in this License, but only as regards disclaiming warranties; any other implication that these Warranty Disclaimers may have is void and has no effect on the meaning of this License.

2. VERBATIM COPYING

You may copy and distribute the Document in any medium, either commercially or noncommercially, provided that this License, the copyright notices, and the license notice saying this License applies to the Document are reproduced in all copies, and that you add no other conditions whatsoever to those of this License. You may not use technical measures to obstruct or control the reading or further copying of the copies you make or distribute. However, you may accept compensation in exchange for copies. If you distribute a large enough number of copies you must also follow the conditions in section 3.

You may also lend copies, under the same conditions stated above, and you may publicly display copies.

3. COPYING IN QUANTITY

If you publish printed copies (or copies in media that commonly have printed covers) of the Document, numbering more than 100, and the Document's license notice requires Cover Texts, you must enclose the copies in covers that carry, clearly and legibly, all these Cover Texts: Front-Cover Texts on the front cover, and Back-Cover Texts on the back cover. Both covers must also clearly and legibly identify you as the publisher of these copies. The front cover must present the full title with all words of the title equally prominent and visible. You may add other material on the covers in addition. Copying with changes limited to the covers, as long as they preserve the title of the Document and satisfy these conditions, can be treated as verbatim copying in other respects.

If the required texts for either cover are too voluminous to fit legibly, you should put the first ones listed (as many as fit reasonably) on the actual cover, and continue the rest onto adjacent pages.

If you publish or distribute Opaque copies of the Document numbering more than 100, you must either include a machine-readable Transparent copy along with each Opaque copy, or state in or with each Opaque copy a computer-network location from which the general network-using public has access to download using public-standard network protocols a complete Transparent copy of the Document, free of added material. If you use the latter option, you must take reasonably prudent steps, when you begin distribution of Opaque copies in quantity, to ensure that this Transparent copy will remain thus accessible at the stated location until at least one year after the last time you distribute an Opaque copy (directly or through your agents or retailers) of that edition to the public.

It is requested, but not required, that you contact the authors of the Document well before redistributing any large number of copies, to give them a chance to provide you with an updated version of the Document.

4. MODIFICATIONS

You may copy and distribute a Modified Version of the Document under the conditions of sections 2 and 3 above, provided that you release the Modified Version under precisely this License, with the Modified Version filling the role of the Document, thus licensing distribution and modification of the Modified Version to whoever possesses a copy of it. In addition, you must do these things in the Modified Version:

- **A.** Use in the Title Page (and on the covers, if any) a title distinct from that of the Document, and from those of previous versions (which should, if there were any, be listed in the History section of the Document). You may use the same title as a previous version if the original publisher of that version gives permission.
- **B.** List on the Title Page, as authors, one or more persons or entities responsible for authorship of the modifications in the Modified Version, together with at least five of the principal authors of the Document (all of its principal authors, if it has fewer than five), unless they release you from this requirement.
- **C.** State on the Title page the name of the publisher of the Modified Version, as the publisher.
- **D.** Preserve all the copyright notices of the Document.
- **E.** Add an appropriate copyright notice for your modifications adjacent to the other copyright notices.
- **F.** Include, immediately after the copyright notices, a license notice giving the public permission to use the Modified Version under the terms of this License, in the form shown in the Addendum below.
- **G.** Preserve in that license notice the full lists of Invariant Sections and required Cover Texts given in the Document's license notice.
- **H.** Include an unaltered copy of this License.
- **I.** Preserve the section Entitled "History", Preserve its Title, and add to it an item stating at least the title, year, new authors, and publisher of the Modified Version as given on the Title Page. If there is no section Entitled "History" in the Document, create one stating the title, year, authors, and publisher of the Document as given on its Title Page, then add an item describing the Modified Version as stated in the previous sentence.
- **J.** Preserve the network location, if any, given in the Document for public access to a Transparent copy of the Document, and likewise the network locations given in the Document for previous versions it was based on. These may be placed in the "History" section. You may omit a network location for a work that was published at least four years before the Document itself, or if the original publisher of the version it refers to gives permission.
- **K.** For any section Entitled "Acknowledgements" or "Dedications", Preserve the Title of the section, and preserve in the section all the substance and tone of each of the contributor acknowledgements and/or dedications given therein.
- **L.** Preserve all the Invariant Sections of the Document, unaltered in their text and in their titles. Section numbers or the equivalent are not considered part of the section titles.
- **M.** Delete any section Entitled "Endorsements". Such a section may not be included in the Modified Version.
- **N.** Do not retitle any existing section to be Entitled "Endorsements" or to conflict in title with any Invariant Section.
- **O.** Preserve any Warranty Disclaimers.

If the Modified Version includes new front-matter sections or appendices that qualify as Secondary Sections and contain no material copied from the Document, you may at your option designate some or all of these sections as invariant. To do this, add their titles to the list of Invariant Sections in the Modified Version's license notice. These titles must be distinct from any other section titles. You may add a section Entitled "Endorsements", provided it contains nothing but endorsements of your Modified Version by various parties—for example, statements of peer review or that the text has been approved by an organization as the authoritative definition of a standard.

You may add a passage of up to five words as a Front-Cover Text, and a passage of up to 25 words as a Back-Cover Text, to the end of the list of Cover Texts in the Modified Version. Only one passage of Front-Cover Text and one of Back-Cover Text may be added by (or through arrangements made by) any one entity. If the Document already includes a cover text for the same cover, previously added by you or by arrangement made by the same entity you are acting on behalf of, you may not add another; but you may replace the old one, on explicit permission from the previous publisher that added the old one. The author(s) and publisher(s) of the Document do not by this License give permission to use their names for publicity for or to assert or imply endorsement of any Modified Version.

5. COMBINING DOCUMENTS

You may combine the Document with other documents released under this License, under the terms defined in section 4 above for modified versions, provided that you include in the combination all of the Invariant Sections of all of the original documents, unmodified, and list them all as Invariant Sections of your combined work in its license notice, and that you preserve all their Warranty Disclaimers. The combined work need only contain one copy of this License, and multiple identical Invariant Sections may be replaced with a single copy. If there are multiple Invariant Sections with the same name but different contents, make the title of each such section unique by adding at the end of it, in parentheses, the name of the original author or publisher of that section if known, or else a unique number. Make the same adjustment to the section titles in the list of Invariant Sections in the license notice of the combined work.

In the combination, you must combine any sections Entitled "History" in the various original documents, forming one section Entitled "History"; likewise combine any sections Entitled "Acknowledgements", and any sections Entitled "Dedications". You must delete all sections Entitled "Endorsements".

6. COLLECTIONS OF DOCUMENTS

You may make a collection consisting of the Document and other documents released under this License, and replace the individual copies of this License in the various documents with a single copy that is included in the collection, provided that you follow the rules of this License for verbatim copying of each of the documents in all other respects.

You may extract a single document from such a collection, and distribute it individually under this License, provided you insert a copy of this License into the extracted document, and follow this License in all other respects regarding verbatim copying of that document.

7. AGGREGATION WITH INDEPENDENT WORKS

A compilation of the Document or its derivatives with other separate and independent documents or works, in or on a volume or a storage or distribution medium, is called an "aggregate" if the copyright resulting from the compilation is not used to limit the legal rights of the compilation's users beyond what the individual works permit. When the Document is included in an aggregate, this License does not apply to the other works in the aggregate which are not themselves derivative works of the Document.

If the Cover Text requirement of section 3 is applicable to these copies of the Document, then if the Document is less than one half of the entire aggregate, the Document's Cover Texts may be placed on covers that bracket the Document within the aggregate, or the electronic equivalent of covers if the Document is in electronic form. Otherwise they must appear on printed covers that bracket the whole aggregate.

8. TRANSLATION

Translation is considered a kind of modification, so you may distribute translations of the Document under the terms of section 4. Replacing Invariant Sections with translations requires special permission from their copyright holders, but you may include translations of some or all Invariant Sections in addition to the original versions of these Invariant Sections. You may include a translation of this License, and all the license notices in the Document, and any Warranty Disclaimers, provided that you also include the original English version of this License and the original versions of those notices and disclaimers. In case of a disagreement between the translation and the original version of this License or a notice or disclaimer, the original version will prevail.

If a section in the Document is Entitled "Acknowledgements", "Dedications", or "History", the requirement (section 4) to Preserve its Title (section 1) will typically require changing the actual title.

9. TERMINATION

You may not copy, modify, sublicense, or distribute the Document except as expressly provided for under this License. Any other attempt to copy, modify, sublicense or distribute the Document is void, and will automatically terminate your rights under this License. However, parties who have received copies, or rights, from you under this License will not have their licenses terminated so long as such parties remain in full compliance.

10. FUTURE REVISIONS OF THIS LICENSE

The Free Software Foundation may publish new, revised versions of the GNU Free Documentation License from time to time. Such new versions will be similar in spirit to the present version, but may differ in detail to address new problems or concerns. See <http://www.gnu.org/copyleft/>.

Each version of the License is given a distinguishing version number. If the Document specifies that a particular numbered version of this License "or any later version" applies to it, you have the option of following the terms and conditions either of that specified version or of any later version that has been published (not as a draft) by the Free Software Foundation. If the Document does not specify a version number of this License, you may choose any version ever published (not as a draft) by the Free Software Foundation.

ADDENDUM: How to use this License for your documents

To use this License in a document you have written, include a copy of the License in the document and put the following copyright and license notices just after the title page:

Copyright (c) YEAR YOUR NAME.

Permission is granted to copy, distribute and/or modify this document

under the terms of the GNU Free Documentation License, Version 1.2

or any later version published by the Free Software Foundation;

with no Invariant Sections, no Front-Cover Texts, and no Back-Cover Texts.

A copy of the license is included in the section entitled

"GNU Free Documentation License".

If you have Invariant Sections, Front-Cover Texts and Back-Cover Texts, replace the "with...Texts." line with this:

with the Invariant Sections being LIST THEIR TITLES, with the

Front-Cover Texts being LIST, and with the Back-Cover Texts being LIST.

If you have Invariant Sections without Cover Texts, or some other combination of the three, merge those two alternatives to suit the situation.

If your document contains nontrivial examples of program code, we recommend releasing these examples in parallel under your choice of free software license, such as the GNU General Public License, to permit their use in free software.